Spanien

ESTHER BARBÉ

Das Jahr 1999 vom Europäischen Rat in Berlin (März 1999) bis zum Europäischen Rat in Lissabon (März 2000) war ein Jahr der Reife und Entschlossenheit für die Europa-Politik der Regierung von Aznar. In diesem Zeitraum wurden Herausforderungen wie die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Verteidigung der spanischen Interessen in der Agenda 2000 und die Eingliederung Spaniens in die militärische Struktur der NATO erfolgreich bewältigt. José Maria Aznar selbst fasste seine Politik in einem einzigen Satz zusammen: „Jetzt befinden wir uns, wo wir immer sein wollten".[1] Die EU-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs befassten sich im Berichtszeitraum mit Themen, die im direkten Bezug zu den Hauptanliegen der innenpolitischen Agenda Spaniens stehen, wie die Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres oder die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Andere Themen auf der europapolitischen Agenda der spanischen Regierung sind die institutionelle Reform der EU, die Osterweiterung und die Entwicklung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP). Die Positionen der Regierung von José Maria Aznar zu einigen Themen haben das Spanien von heute mittlerweile von seiner sozialistischen Ära weit entfernt. Charakteristisch wird dies durch die Rolle Aznars als Anwalt des europäischen rechten Flügels und der Divergenzen im spanischen Parlament hinsichtlich der Architektur des europäischen Hauses.

Das Rezept von Aznar: Vollbeschäftigung und Internet

Die Politik von José Maria Aznar auf nationaler und auf internationaler Ebene stützt sich auf die guten wirtschaftlichen Ergebnisse seines Landes. Das spanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 1999 um 3,7%, doch bleiben die Beschäftigungsquote und die Arbeitslosenziffer (15,7%) die höchsten der EU. Die Inflationsrate betrug 1999 2,9%, gegenüber dem historischen Tiefstand von 1,4% im Jahre 1998. Im Rahmen seines Amtes als liberal-konservativer Europäer beteiligte sich Aznar an der Debatte über den „Dritten Weg" von Tony Blair. In der spanisch-britischen Erklärung von Chequers im April 1999 schlugen die beiden einen Sondergipfel des Europäischen Rats vor, um ein neues europäisches sozio-ökonomisches Modell für die nächste Dekade zu definieren, mit dem Ziel, ein wettbewerbsfähigeres Europa zu schaffen und die Beschäftigungspolitik im internationalen Rahmen zu optimieren. Der darauffolgende Sondergipfel von Lissabon im März 2000 war ein zusätz-

licher Erfolg für Aznar (Europawahlen 1999: 27 Sitzen für die Partido Popular (PP), gegenüber 24 Sitzen für die Partido Socialista Obrero Espanol (PSOE); und die Parlamentswahlen im März 2000). Ausdrücke wie „der Spanischer Erfolg" oder „das Rezept Aznar" finden Widerhall in europäischen Kreisen.

Schon Monate vor dem Europäischen Rat in Lissabon konfrontierte der spanische Premierminister die rechte Partei und den Arbeitgeberverband (la Patronal) Italiens mit konkreten Maßnahmen seines Rezeptes für den Bau des europäischen Hauses. Dazu zählen u.a. das Veto Spaniens gegen den Status einer europäischen Aktiengesellschaft, die Ablehnung der von Brüssel festgelegten Starrheit in Sachen Beschäftigungspolitik, seine Haltung gegen eine Vereinheitlichung der Steuern.[2] Bezüglich des Treffens in Lissabon verkündete Aznar vor dem spanischen Parlament, dass er eine aktive Rolle bei den Vorbereitungen des Treffens übernehmen werde und eine auf Wissenschaft basierte Wirtschaft zu fördern beabsichtige, deren Prämissen „Internet" und „Beschäftigung" seien.[3]

Spanien präsentierte im ersten Halbjahr 2000 ein Programm für die Strukturreform: Eine erste Phase bis zum Jahr 2001, in der man den völligen Fall aller Barrieren für den Markt der Elektronik vorsehe. Eine zweite Phase bis zum Jahr 2004, in der man die Liberalisierung von Sektoren wie Energie, Verkehr und Telekommunikation bewirken wolle. Und eine dritte Phase bis zum Jahr 2010, die sich mit einer Neustrukturierung des europäischen Sozialmodells (vor allem der Rentenreform) befassen wolle, um eine höhere Beschäftigung zu erzielen.

Zwar führten diese liberalen Thesen zu einem gemeinsamen Standpunkt der Fünfzehn in Lissabon, trotzdem kollidierten diese Thesen mit denen, die der französische Premierminister Jospin bei dem Treffen formulierte. Dieser schlug die Festlegung von zählbaren Zielen wie Wachstum und Beschäftigung vor, verteidigte das aktuelle europäische Sozialmodell und weigerte sich, auf das Energie- und Verkehrsmonopol zu verzichten. Innenpolitisch hat sich die sozialistische Opposition gegen die Entscheidungen und Vorschläge der Regierung Aznars in Europa-Angelegenheiten ausgesprochen. Auch der linke Flügel ist gegen die Idee eines europäischen Modells, das „bloß ein gemeinschaftlicher Wirtschaftsraum – und nichts mehr" wäre.[4] Gleichzeitig zeigte die Opposition auf, wie paradox manche Handlungen der Regierung – verglichen mit ihrem liberalen Geist – anmuten, wie z.B. die von der Kommission sanktionierte Subvention in Höhe von 1,3 Bio. Pesetas für das Elektrizitätswerk, oder die Bewahrung des Monopols auf dem größten Teil des spanischen Telekommunikationsmarktes durch die Firma Telefónica (diese wird von einem Schulfreund Aznars geführt).

Freiheit, Sicherheit und Recht

Das zweite Thema auf der europäischen Agenda Spaniens bezieht sich auf die Entstehung eines EU-Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Interesse Spaniens an diesem Thema besteht seit langem und ist mit der Sorge des Landes aufgrund der Terroristengruppe ETA stark verbunden. Dies weist auf andere politische Sachverhalte hin, wie z.B. die vorsichtige Haltung Spaniens gegenüber

der Verurteilung der russischen Politik in Tschetschenien. Spanien erinnerte während des OSZE-Gipfeltreffens in Istanbul im November 1999 an das Recht Russlands, den Terrorismus zu verfolgen und die Integrität seines Territoriums zu bewahren. José Maria Aznar verstärkte die Bemühungen der vorherigen Regierung, damit der Kampf gegen Terroristengruppen eine europäische Dimension erreiche. So forderte Aznar im Oktober 1999 ein Sondertreffen des Europäischen Rats, das in Tampere stattfand, um die Schaffung eines Sicherheitsraumes in Europa zu forcieren.[5] Auch die französische Regierung unterstützte Spanien dabei, denn, im Gegensatz zu früheren Zeiten, ist Frankreich nun um die Auswirkungen der baskischen Unabhängigkeitsbestrebungen auf das eigene Territorium besorgt. Auch andere Delikte, die lediglich in Grenzgebieten vorfallen, wurden von Aznar genannt: Drogenhandel, Geldwäscherei und die organisierte illegale Einwanderung.[6] Damit sind auch die brisanten Themen der innenpolitischen Agenda genannt, wie die ungesetzliche Einwanderung aus Nordafrika, die geballte Gegenwart der Mafia im Küstengebiet oder die Geldwäscherei in Gibraltar.

Die spanischen Vorschläge für den Gipfel in Tampere stimmten mit den Themen überein, die bei dem Gipfel in Wien verabschiedet wurden: Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit, Koordinierung der fünfzehn Justizministerien, gegenseitige Anerkennung von juristischen Urteilen, eine europäische Polizeiakademie usw. Die Ergebnisse von Tampere wurden in Spanien ab dem Zeitpunkt, zu dem die Regierung das Projekt für ein neues Einwanderungsgesetz mit auf die Tagesordnung setzte, zur innenpolitischen Debatte (eine letzte Reform diesbezüglich fand 1985 statt). Dieses Projekt war schon mit dem Parlament verhandelt worden und sollte nun im Sinne von Tampere restriktiver gestaltet werden. Gegen die Meinung der anderen Parteien, die sich dazu äußerten, dass Tampere nichts weiter als eine Empfehlung für das Gebiet der nationalen Gesetzgebung ist, schlug die Regierung eine Reform des Einwanderungsgesetzes vor, die vom Parlament abgewiesen wurde. Schließlich fand im Dezember 1999 ein neues Einwanderungsgesetz die Zustimmung des Parlaments. Nach der absoluten Mehrheit der Partido Popular bei den Wahlen in März 2000 wird eine erneute Reform dieses Gesetzes nicht verwunderlich sein. Die Debatte über das Einwanderungsgesetz wurde zur Zeit der gravierendsten rassistischen Zwischenfälle, die jemals in Spanien vorfielen, durchgeführt. Diese betrafen hauptsächlich landwirtschaftliche Saisonarbeiter aus Marokko, die in Südspanien arbeiten. Diese Zwischenfälle wurden von der europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament hart verurteilt.

Trotz des spanisch-britischen Tandems, das auch in der GASP besteht, sorgt das Thema Gibraltar nach wie vor für Unstimmigkeiten. Zu verzeichnen ist jedoch, dass die beiden Staaten die Annäherung suchen mit dem Ziel, die Blockade bestimmter Themen in der Europapolitik zu beheben (spanische Blockade bei bestimmten Richtlinien in Bezug auf Gibraltar, der Beitritt Londons zum Schengener Abkommen, neue Direktiven für die Felskuppe usw.).

„Regatta-Einstellung" und begrenzte Reform

Die Entscheidungen der Fünfzehn auf dem Europäischen Rat in Helsinki im Dezember 1999 kam der spanischen Haltung zur Erweiterung entgegen. Spanien hatte von Anfang an, auch in der sozialistischen Ära, die so genannte „Regatta-Einstellung" verfolgt. Diese steht für die Position eines gleichzeitigen Verhandlungsbeginns mit allen Bewerbern. Spanien hat demnach die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei unterstützt. So verkündete Aznar vor dem spanischen Parlament, „die von Spanien durchgesetzte Regatta-Einstellung hat sich bewährt. Dank dieser Einstellung bereisen alle Länder die Strecke der Eingliederung gemäß ihrer individuellen Verdienste und ihrer Fortschritte".[7] Andererseits lehnt Spanien die Terminierung des Erweiterungsprozesses ab, bezeichnend ist auch ihre eine Äußerung Aznars: „Für meine Partei ist die Erweiterung der EU eher ein politischer als ein wirtschaftlicher Kompromiss."

Die in Helsinki beschlossene Beschränkung auf die „left-overs" von Amsterdam bei der Regierungskonferenz 2000 ist im Sinne Spaniens. Diese Begrenzung kollidierte mit den ambitionierten Vorschlägen der Kommission und der Benelux-Staaten. Doch auch innenpolitisch wurde dieses Vorhaben heftig kritisiert. Zum ersten Mal seit der Integration Spaniens in die EU trat Spanien auf einem EU-Gipfel ohne einen Konsens mit dem Parlament auf. Joaquín Almunia von der Sozialistischen Partei kritisierte die spanische Position in Helsinki mit Bezug auf eine Rede von Jacques Delors: Es sei aufgrund der Unfähigkeit der Fünfzehn, eine glaubwürdige Reform zu initiieren, die eine Erweiterung der EU wirklich ermögliche, gefährlich, sichere Erwartungen bei den ost- und mitteleuropäischen Ländern zu erzeugen, die dann nicht zufrieden gestellt werden können. Gegenüber der von Aznar gewünschten „Light"-Reform schlug Almunia eine weitere Regierungskonferenz für die Ausarbeitung folgender Themen vor: die Zweiteilung des Vertragswerks, ein Teil davon als europäische Verfassung, der Ausbau des Prinzips der verstärkten Zusammenarbeit, die Entwicklung einer EU-Charta der Grundrechte.[8]

Auf internationaler Ebene misst Aznar seiner Vorstellung von Spanien als kultureller Großmacht eine große Bedeutung bei und betont dabei den Beitrag, den die spanische Sprache dazu leisten kann.[9] Deswegen bezog Spanien während der finnischen Präsidentschaft eine harte Position gegen den Gebrauch der deutschen Sprache bei den inoffiziellen Ministertreffen und drohte mit einen Boykott und sogar einer Blockade dieser Treffen, sollte die spanische Sprache zu Gunsten der deutschen diskriminiert werden.[10]

Spanische Präsenz in der GASP/GESVP und dem Eurokorps

Die Benennung Javier Solanas zum Hohen Repräsentanten der GASP wurde von den „drei Großen" der EU eingeleitet. Dabei hatte Spanien ursprünglich einen anderen Kandidaten, Carlos Westendorp, vorgeschlagen. Das war kein leichtes Thema für die Regierung Aznar, die in Solana einen zukünftigen Kandidaten für das Amt des Premierministers sah. Die Ernennung Solanas beim Europäischen Rat in Köln (Juni 1999) wirkte auf internationaler Ebene sehr positiv für das Image Spaniens.

Zusätzlich wurde Alvaro Gil-Robles als Kommissar für Menschenrechte des Europarats gewählt und man sprach sogar von Pedro Solbes als Direktor der Europäischen Investitionsbank. Dies war jedoch nach der Ernennung Solanas nicht mehr möglich.

Die Neubildung der Europäischen Kommission und die Verteilung der Ressorts stellte einen neuen Kampf dar. Obwohl Spanien auf die Ressorts Landwirtschaft, Strukturfonds und Wettbewerb zielte, zeigte es sich dann mit den unerwarteten Ergebnissen zufrieden: Das Ressort Wirtschaft und Finanzen ging an Pedro Solbes, parlamentarische Verbindungen, Energie und Verkehrswesen fielen auf Loyola de Palacio, die auch Vizepräsidentin der Kommission wurde.

In der Mittelmeerregion verstärkte Spanien seine Aktivitäten, zum Einen im Rahmen der Gemeinsamen Mittelmeerstrategie der GASP, wie auch durch eigene politische Initiativen. Letzteres wird deutlich durch zahlreiche Besuche von José Maria Aznar im Nahen Osten. Privilegiertester Schauplatz ist und bleibt der Maghreb: Abel Matutes war der erste unter den EU-Ministern, der Algerien nach der Wahl Buteflikas im Juli 1999 besuchte; auch die Beziehungen mit Marokko wurden intensiviert, u.a. aufgrund des Todes von König Hassan, dem Fischereiabkommen mit der EU und den Einwanderungstendenzen. Die marokkanisch-spanischen Beziehungen wurden aber durch die rassistischen Zwischenfälle in Ejido erschwert, da die meisten Betroffenen Marokkaner waren. Obendrein ist die ungesetzliche Einwanderung aus Nordafrika von höchster Priorität für Spanien; im Laufe des Jahres 1999 wurden mehr als 5.000 Personen verhaftet, die in kleinen Booten in Andalusien und auf den Kanarischen Inseln landeten.

Bei dem Europäischen Rat in Köln waren die Ambitionen zu einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) in Gang gesetzt worden. Obwohl Spanien nicht beim Start des Vorhabens dabei war, gliederte es sich unmittelbar nach dem Besuch von Chirac in Spanien im Oktober 1999 deutlich in diesen Prozess ein. Auch wenn Aznar und Chirac sich bemühten, diesen Besuch vor allem als Symbol der guten Beziehungen zwischen Spanien und Frankreich darzustellen, nahmen beide Regierungen bei wichtigen europäischen Themen demonstrativ ihre unterschiedlichen Positionen ein, wie z.B. bei den Reformen des europäischen Sozialmodells oder der Strukturpolitik. Ein Beispiel für politische Meinungsunterschiede ist der Fall Haider. Entgegen der französischen Härte zeigt Spanien große Behutsamkeit bei den Sanktionen der EU-14 gegen die österreichische Regierung. Während des Besuchs von Chirac wurden jedoch zwei andere Themen vordringlich behandelt: die Unterstützung Frankreichs für den Kampf gegen den Terrorismus und das damit korrespondierende Interesse an einem EU-Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Auch betonte Aznar dort die Bereitschaft Spaniens, am Kern der neuen Verteidigungspolitik teilzunehmen und begrüßte die Ernennung von Solana als Generalsekretär der Westeuropäischen Union (WEU) sehr. Aznar begründete im Oktober 1999[11] auf einer Konferenz bei der Hohen Wehrakademie die spanische Einstellung zur Beteiligung an militärischen Einheiten zur Ausführung von so genannten Petersberg-Aufgaben. Dabei erklärte er, dass Spanien am Aufbau der GESVP teilhaben wolle, z.B. durch die

Vertiefung der GASP (spanische Intervention bei der Textfassung in Helsinki), durch die Errichtung von neuen Gremien (wie das Politische und sicherheitspolitische Komitee) oder durch die Bereitstellung von militärischen Einheiten (10% der voraussichtlich 60.000 Soldaten).[12] Spanien wünschte sich zusätzlich Treffen des Rats der EU auf der Ebene der Verteidigungsminister (diese Idee wurde in Helsinki angenommen), um Konvergenzentwürfe für das Thema Rüstung zu erstellen (1999 fusionierte die spanische Firma CASA mit den deutschen bzw. französischen Firmen DASA und Aerospatiale). Die wichtigsten Punkte für Spanien in der GASP/GESVP sind die Vitalisierung der Verteidigungsindustrie und die entsprechende Erhöhung des Verteidigungsbudgets. Die spanische Präsenz in der europäischen Verteidigungspolitik verstärkte sich weiter im November 1999, als General Juan Ortuno das Kommando des Eurokorps übernahm. Im April 2000 bekam Spanien auch das Kommando für das Hauptquartier der KFOR; zum ersten Mal wird eine solche Stelle mit einem Spanier besetzt.

Außenpolitische Aktivitäten

Auf militärischem Gebiet tat Spanien 1999 einen historischen Schritt durch die Beteiligung an der NATO-Operation in Serbien mit der Entsendung von sechs Kampffliegern. Dies bedeutete die erste Teilnahme Spaniens an Kampfhandlungen im Zwanzigsten Jahrhundert, abgesehen von dem Spanischen Bürgerkrieg und den Kolonialkämpfen in Marokko. Die Strategie der Luftangriffe der NATO wurde von Spanien, im Vergleich zu anderen Ländern wie Italien, Holland und Griechenland, ohne Zweifel und mit parlamentarischer Unterstützung akzeptiert. Nur die linke Partei Izquierda Unida wandte sich dagegen. Die öffentliche Meinung äußerte sich demgegenüber kritisch. Bei einer Umfragung waren 53% der Befragten gegen die Bombenangriffe und nur 31% dafür.[13] Dennoch folgte die Öffentlichkeit der spanischen Politik. Trotz parlamentarischer Unterstützung provozierte die spanische Beteiligung eine wichtige innenpolitische Debatte, denn die Regierung berücksichtigte bei ihrer Entscheidung nicht, das Parlament zu Rate zu ziehen. Dies vollzog sie mit der Begründung, es handele sich hierbei weder um eine Kriegshandlung (in dem Fall verlangt die spanische Verfassung eine Ermächtigung durch das Parlament) noch um eine Friedenshandlung mit UN-Mandat (in diesem Fall hätte der UN-Sicherheitsrat einen Beschluss des spanischen Parlaments verlangt). Die spanischen Lehren aus den militärischen Handlungen im Kosovo wurden in dem im März vorgestellten „Verteidigungs-Weißbuch" zusammengefasst. Zum ersten Mal verfügt Spanien damit über ein Dokument, das die Interessen des Landes beschreibt und Leitlinien der Politik definiert. Bezüglich der Intervention im Kosovo wird im Weißbuch resümiert, dass aufgrund der dringenden Umstände und ohne jeglichen Beschluss des Sicherheitsrats, „Spanien den Einsatz seiner Kräfte in Erwägung ziehen konnte, sei es durch Konsens oder mit einer 'allgemeinen Zustimmung' der Mitglieder und Alliierten der internationalen Sicherheits- und Verteidigungsorganisationen, denen Spanien angehört."[14] Auf dieser Grundlage übernahm Spanien nicht nur das Strategiekonzept der NATO für das Kosovo, sondern erklärte

dieses Konzept auch für rechtmäßig, auch wenn es ohne die ausdrücklich festgehaltene Zustimmung aller Alliierten durchgeführt wurde. Dies wird mit der Einführung des Begriffes „allgemeine Zustimmung" begründet.

Die Rechtgläubigkeit der spanischen Regierung bei den Bombardements in Serbien erklärt wahrscheinlich die Verlegenheit Aznars während seines ersten offiziellen Besuchs in Moskau im Mai 1999. Im letzten Augenblick empfing der ehemalige russische Präsident Jelzin Aznar nicht, was nur als klarer Einspruch gegen das Bombardement der Alliierten in Serbien begriffen werden konnte.[15] Nach den Bombenangriffen hatte sich Spanien verpflichtet, an dem Wiederaufbau des Kosovos mit einem Kontingent von 1.200 Soldaten für die KFOR und 160 Zivilisten (Techniker und Guardias Civiles) für UNMIK, teilzunehmen. Die Kostenfrage dieser Entscheidung stellte in Spanien eine große Sorge dar. Kalkulationen der Operationen auf dem Balkan betrugen für Spanien während 1999 etwa 50.000 Mio. Pesetas (1.200 Mio. für Kosovo, 1.500 Mio. für Bosnien-Herzegowina, 400 Mio. für Albanien und der Rest für die Kosten der militärischen Operationen in Serbien). Daraus erklärt sich auch, dass Spanien eine geringere Zahl von Soldaten zur Verfügung stellte, als ursprünglich zugesagt.

Einen zweiten historischen Schritt tat Spanien in Richtung Lateinamerika. 1999 wurde Spanien der größte Investor in dieser Region, größer noch als die USA. Spanien genoss hier eine beherrschende Stellung, sowohl in den staatseigenen Sektoren wie Wasser, Gasversorgung und Telefon, wie auch auf dem Wirtschaftssektor, gerade in den südlichen Ländern des Kontinents (Argentinien, Brasilien und Chile). Trotz Beeinträchtigungen der Beziehungen mit manchen lateinamerikanischen Ländern aufgrund des Falles Pinochet, war das spanische Potenzial 1999 aufgrund bestimmter europäischer Aktivitäten – wie dem EU-Lateinamerika Gipfel in Rio im Juni 1999 oder die Unterzeichnung des EU-Mexiko Abkommens über die Errichtung einer Freihandelszone im November 1999 – sehr stark in dieser Region. Bei dem Gipfel in Rio gelang es Spanien, ein Abkommen für die Verhandlungen mit dem Mercosur und Chile in die Wege zu leiten, um bis Juli 2001 eine zusätzliche Freihandelszone zu errichten. In diesem Zusammenhang wurde Spanien als Standort für den zweiten EU-Lateinamerika Gipfel ausgewählt. Spanien wird während seiner EU-Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 diesen Gipfel vorbereiten. Beim Abschluss des Gipfels in Rio erklärte Aznar, dass sich die „grundlegenden Gleichgewichte" der EU durch die strategische Option gegenüber Lateinamerika verschoben haben.[16] Spanien habe inzwischen erreicht, Lateinamerika eine Stellung zuzuordnen, die von den Gründungsländern des europäischen Hauses so nicht vorausgesehen wurde, denn diese Länder hätten die Beziehungen mit Lateinamerika außer Acht gelassen und sich mehr ihren ehemaligen Kolonien gewidmet.

Der Faktor Pinochet erleichterte den komplizierten Iberoamerikanischen Gipfel in La Havanna (November 1999) nicht. Die Versammlung wurde von den Staatschefs von Chile und Argentinien boykottiert. Bei dem Boykott beteiligten sich auch Staatsmänner, die gegen das Regime von Fidel Castro sind. Trotz mancher Gesten von Aznar kann behauptet werden, dass sich seine Politik der Härte gegenüber dem

Regime von Castro geändert hat. 1999 war Spanien die größte Unterstützung für Kuba bezüglich seiner Eingliederung in die AKP-Gruppe. Das positivste Ereignis für Spanien hinsichtlich dieses Gipfels in Havanna war die Gründung der Iberoamerikanischen Bewegung, die von Madrid nachhaltig unterstützt worden ist. Es wurde ein ständiges Sekretariat in Madrid errichtet, wo, zwischen den Gipfeln, die von den Staats- und Regierungschefs initiierten Projekte vorangetrieben werden sollen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Luisa Morillas Perez, freie Übersetzerin, München.

Die Autorin bedankt sich bei Rosa Sanchez Salgado für die Zusammenarbeit bei der Recherche.

1 Parlamentarische Intervention von José Maria Aznar, in: Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados (Pleno y Diputación Permanente), Legislatura VII Nr. 2 vom 25.04.2000, S. 30.
2 „Berlusconi schlägt vor, das Rezept Aznars in Italien anzuwenden", in: „El Pais" vom 05.09.1999, S. 18.
3 Parlamentarische Intervention von José Maria Aznar, in: „ Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados". IV Legislatur, Nr. 281 vom 15.12.1999, S. 15121.
4 „Die Opposition bezeichnet die Europapolitik der Regierung als unfähig, unverantwortlich und irrelevant", in: „El Pais" vom 17.06.1999, S. 24.
5 José Maria Aznar in „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für Europa", erschienen, in: „ABC" vom 13.10.1999, S. 3.
6 Ebd.
7 Parlamentarische Intervention von José Maria Aznar, in: „Diaro de Sesiones del Congreso de los Diputados, Nr.281, op. cit., S. 15120.
8 Parlamentarische Intervention von Joaquín Almunia, in: „Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados", Nr. 281, op. cit., S. 15125.
9 Parlamentarische Intervention von José Maria Aznar, in: „El Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados", Nr. 2, op. cit., S. 31.
10 „Spanien wird jedes inoffizielle Treffen der EU boykottieren, falls der spanischen Sprache die deutsche Sprache aufgezwungen wird", in: „El País" vom 10.09.1999, S. 6.
11 Konferenz der Regierungspräsident, José Maria Aznar, in: „La Escuela Superior de las Fuerzas Armadas", (Madrid, 27.10.1999), (www.mde.es/docs/discur08.htm).
12 „Die Fünfzehn beabsichtigen Ihren Beitrag zum Eurokorps zu bestimmen, bevor das Jahr endet.", in: „La Vanguardia" vom 29.02.2000, S. 8.
13 „50% der spanischen Volk ist für den Eurokorps", in: „El País" vom 1.11.1999.
14 „Libro Blanco de Defensa 2000", Madrid, Verteidigungsministerium, S. 62.
15 „Jelzin hebt seinen Interview mit Aznar auf, als Protest gegen den Bombardement der Alliierten in Serbien.", in: „La Vanguardia" vom 19.05.1999, S. 10.
16 „Spanien wird 2002 den zweiten Gipfel organisieren", in: „El País" vom 30.06.1999.